

Kirchensteuer

## Kirchen begünstigen Scheidungen

**Ungewollt und unbeabsichtigt fördern die Kirchen Ehescheidungen bei glaubensverschiedenen Ehen mit sehr hohen Einkommen über die Gestaltung der Kirchensteuer. Diese überraschende Erkenntnis hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) in seinem jüngsten Gutachten ermittelt. Dabei wird ausschließlich ein Blick auf die steuerlichen Implikationen gerichtet – um die Liebe geht es hierbei naturgemäß nicht.**

Die Kirchensteuer ist als Zuschlag zur Lohn- bzw. Einkommensteuer ausgestaltet, die sich aus dem zu versteuernden Einkommen nach Abzug der Freibeträge für die Kinder ergibt. Der Zuschlag beträgt 8 Prozent in Baden-Württemberg und Bayern und 9 Prozent in den übrigen Bundesländern. Bei glaubensverschiedenen Ehen (einer ist evangelisch, der andere konfessionslos) erheben evangelische Landeskirchen seit einigen Jahren das besondere Kirchgeld, welches eine Steuer, also eine Zwangsabgabe ist und nicht mit dem freiwilligen allgemeinen Kirchgeld verwechselt werden darf. Die Bemessungsgrundlage ist das gemeinsame zu versteuernde Einkommen der Ehepartner, sofern eine gemeinsame Veranlagung vorgenommen wird. Bei getrennter Veranlagung fällt das Kirchgeld hingegen nicht an.

Auf die Bemessungsgrundlage (Gesamteinkommen) wird ein einheitlicher Stufenbetragstarif angewendet. Ökonomisch betrachtet sind Stufenbetragstarife wegen ihrer Eigenschaften eher kritisch zu bewerten: (1) Innerhalb der Stufen ist der Verlauf regressiv, d.h. mit höherem Einkommen innerhalb der Stufen sinkt die Durchschnittsbelastung. (2) Beim Stufenwechsel können extreme Grenzbelastungen entstehen und sich wie hier auf mehrere tausend Prozent belaufen.

Ein Beispiel: Bei einem zu versteuernden Einkommen von 249.999 Euro beträgt das besondere Kirchgeld 2.220 Euro. Bei einem Einkommenszuwachs von einem Euro auf 250.000 Euro erhöht sich das Kirchgeld jedoch um 720 Euro. Die Grenzbelastung liegt damit bei rekordverdächtigen 72.000 Prozent! Dieses Problem existiert auch bei niedrigeren Einkommen, wird aber an diesem Extrembeispiel besonders deutlich.

Ein praktisches Beispiel veranschaulicht die Konsequenzen für die Entscheidung hinsichtlich einer gemeinsamen oder einer getrennten steuerlichen Veranlagung oder eben auch der Fortführung der Ehe oder deren Auflösung. Zwei Freiberufler aus Baden-Württemberg sind verheiratet. Die Ehefrau, kinderlos und konfessionslos, verdient mit selbständiger Arbeit 315.000 Euro. Der Ehemann erzielt aus selbständiger Arbeit 15.000 Euro und ist Mitglied der evangelischen Kirche. Die unterschiedlichen steuerlichen Belastungen je nach Veranlagungsart beziehungsweise nach einer Scheidung werden in der folgenden Tabelle verglichen:

### Should I Stay or Should I Go?

Zum Einfluss des Kirchgelds auf Ehe und Scheidung

	Kirchgeld/ Kirchensteuer	Gesamte Steuerlast
I. Gemeinsame Veranlagung	A+B: 3.600 €	131.529 €
II. Getrennte Veranlagung	A: 0 €	
	B: 120,96 €	132.926 €
III. Scheidung mit Unterhalt	A: 0 €	
	B: 421,28 €	131.086 €

Einkünfte aus selbständiger Arbeit (A=315.000 Euro; B=15.000 Euro) Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2007/2008; S. 294-296

Bei einer Scheidung in Kombination mit Unterhaltsleistungen ergibt sich für das Ex-Ehepaar jährlich eine Steuerersparnis von 443 Euro. Über 30 Jahre hinweg addiert sich dies bei einem Zinssatz von rund 4 Prozent auf rund 26.000 Euro. Ob dieser Betrag bei einem Nettoeinkommen von fast vier Millionen Euro über einen Zeitraum von 30 Jahren tatsächlich die Menschen zu einer Scheidung bewegt, sei dahingestellt. Schließlich sind dies (ohne Verzinsung) nur rund 0,3 Prozent des Nettoeinkommens. Der SVR jedenfalls schlussfolgert: „Die hier aufgeworfene Diskriminierung der Ehe durch das besondere Kirchgeld bedarf einer gesonderten verfassungsrechtlichen Überprüfung.“

Unabhängig von der praktischen Relevanz dieses konkreten Beispiels wirft die Analyse des SVR auch generell die Frage der Rechtfertigung des besonderen Kirchgelds auf. Nicht nur die Verwendung eines Stufenbetragstarifs ist ökonomisch fragwürdig, sondern auch die Rechtfertigung für die Sonderregelung insgesamt. Eine Diskussion darüber ist nicht nur aus ökonomischer Sicht überfällig.

## Familienpolitik

## West-Ost-Konflikt

Die Welt der Familie ist im Umbruch. Mit einer neuen Familienpolitik versuchen die Regierenden darauf zu reagieren. Neue Daten des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2006 liefern nun neue Fakten in der teilweise ideologisch geführten Debatte. Kernergebnis: Immer weniger Kinder wachsen in der klassischen Eltern-Kind-Familie auf und die Zahl der Familien ist in den letzten 10 Jahren kontinuierlich gesunken.

Wie man es auch dreht und wendet, der demographische Wandel schreitet fort und zeigt sich auch bei der Entwicklung der Zahl der Familien mit mindestens einem minderjährigen Kind. Dabei gibt es deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland.

### 1. Rückläufige Bedeutung der Lebensform Familie:

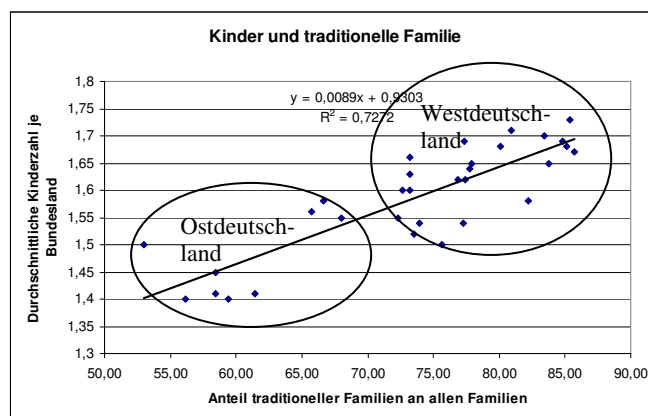
Im Jahr 2006 lebten nur noch rund 39 Prozent der Bevölkerung in Familien, während dies im Jahr 1996 noch gut 43 Prozent waren. In Westdeutschland ist diese Lebensform mit gut 40 Prozent weiter verbreitet als in Ostdeutschland, wie z.B. in Sachsen, wo nur noch 31 Prozent der Bevölkerung in Familien leben. Auch absolut betrachtet geht die Zahl der Familien seit 1997 kontinuierlich zurück: Gab es vor 10 Jahren noch 9,4 Millionen Familien, so sind es mittlerweile mit 8,8 Millionen gut 7 Prozent weniger. Dieser Rückgang der Zahl der Familien ist fast ausschließlich auf den Zerfall der Familien beziehungsweise die Zunahme von alternativen Lebensformen in Ostdeutschland zurückzuführen. Seit 1996 ist dort die Zahl der Familien um fast 30 Prozent (630.000) auf nur noch 1,6 Millionen Familien zurückgegangen. In Westdeutschland beträgt der Rückgang im letzten Jahrzehnt hingegen nur ein Prozent (37.000).

### 2. Zunahme alternativer Familienlebensformen:

Dem Rückgang traditioneller Familien (Eltern mit Kindern) um 16 Prozent auf 6,5 Millionen steht die Zunahme alternativer Familien in Deutschland um 30 Prozent auf 2,3 Millionen seit 1996 gegenüber. Im Jahr 2006 betrug damit der Anteil der traditionellen Familie knapp drei Viertel (1996: 81 Prozent) und Alleinerziehende und Lebensgemeinschaften mit Kindern ein Viertel (1996: 19 Prozent). Ein genauerer Blick auf die Verteilung der verschiedenen Lebensformen auf die einzelnen Bundesländer verdeutlicht, dass ein deutliches West-Ost- und Nord-Süd-Gefälle zu beobachten ist. In Berlin lebt fast die Hälfte aller minderjährigen Kinder in alternativen Familienformen, während in Baden-Württemberg nur 20 Prozent bei Alleinerziehenden oder in Lebensgemeinschaften aufwachsen.

Die unterschiedlichen Positionen zur Familienpolitik lassen sich mit Blick auf die Wählerpräferenzen zu einem gewissen Teil auch durch diese Unterschiede erklären.

**3. Traditionelle Familie – viele Kinder:** Spannend ist ein Blick auf die Implikationen des Rückgangs der klassischen Familie: Ein hoher Anteil von traditionellen Familien geht zum Beispiel einher mit einer höheren Kinderzahl in den jeweiligen Familien. Ein Bundesländervergleich zeigt diesen Zusammenhang auf (Grafik).



Datenbasis: 15 Bundesländer zu zwei Zeitpunkten 1996 und 2006

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Daten des Statistischen Bundesamtes vom 28.11.2007

Die Schlussfolgerungen u.a. aus diesen Fakten sind politisch und gesellschaftlich umstritten. Einige fordern die Stärkung und den Erhalt der traditionellen Familie, andere möchten den Menschen in alternativen Familienlebensformen die gleichen Chancen bieten wie den klassischen Mutter-Vater-Kind-Kind-Familien. Sie sehen eher die schlechteren steuerlichen und wirtschaftlichen Bedingungen für alternative Lebensformen als Grund für die geringere Kinderzahl an.

Möglicherweise gibt es letztlich keine bundesweit für alle Bundesländer passenden Lösungen, die bildungs-, sozial- und familienpolitisch sinnvoll sind. In jedem Fall zeigen die verschiedenen Studien zur Familienpolitik jedoch Handlungsbedarf auf. Lösungen sollten v.a. an der Verbesserung der Infrastrukturangebote ansetzen, um gerade den Kindern, die mit nur einem Elternteil aufwachsen, gleiche Chancen zu ermöglichen. Denn ein Blick auf das Pro-Kopf-Einkommen in den einzelnen Bundesländern zeigt, dass damit auch die relative Armut bekämpft werden könnte. In Bundesländern mit vielen alternativen Lebensformen ist auch das Pro-Kopf-Einkommen deutlich niedriger als in Bundesländern mit vielen traditionellen Familien.

## Kinderarmut

## Wenn das Geld fürs Essen fehlt

**Die Konjunktur brummt, die Arbeitslosenzahlen sinken und dennoch: laut „Kinderreport Deutschland 2007“ des Kinderhilfswerks leben in Deutschland mehr als 2,5 Millionen Mädchen und Jungen in Armut. Das sind 10 Prozent mehr als noch vor einem Jahr und doppelt so viele seit der Einführung von Hartz IV. Grund für diese Zunahme sei das deutsche Steuer- und Sozialsystem, so das Kinderhilfswerk.**

Deutschland – deine Kinder: Was ist dran, an den Vorwürfen des Kinderhilfswerks? Ist Deutschland auf dem Weg eine ganze Generation in die Armut zu entlassen? Ein Blick auf andere Industrienationen relativiert die Situation. Unicef weist in seinem Bericht über Kinderarmut Deutschland einen Platz im Mittelfeld zu – vor Kanada, Großbritannien und Frankreich, d.h. außergewöhnlich arm sind die Kinder in Deutschland nicht. Dennoch ist der 11. Platz von 21 noch nicht optimal. Die skandinavischen Länder – welche jedoch deutlich weniger Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen haben – liegen im Jahr 2007 vor Deutschland. Sie gehören zu den Ländern, die gemessen am Bruttoinlandsprodukt einen noch größeren Anteil in die staatliche Unterstützung von Familien investieren, als Deutschland, allerdings mit einem deutlich größeren Fokus auf Sachleistungen – sprich bessere Kinderbetreuungsangebote und Infrastrukturleistungen. Die Strategie der skandinavischen Länder ist die indirekte Förderung der Familien, d.h. die Einrichtung von Betreuungsangeboten in Kindertagesstätten oder das Angebot von häuslichen Hilfen. In Deutschland wurde 2001 lediglich ein knappes Drittel der Transferleistungen dafür aufgewandt. Der größte Teil wird – auch heute noch – als finanzielle Zuwendung direkt den Familien gezahlt.

Ob das Geld immer bei den Kindern ankommt, die es benötigen, ist dabei fraglich. Wenn auch die große Mehrheit der Eltern gut für ihre Kinder sorgt, gibt es gerade in bildungsfernen, armen Schichten Probleme: Fünf bis zehn Prozent aller Kinder unter 6 Jahren werden vernachlässigt, schätzt das Bundesfamilienministerium. Schätzungen gehen davon aus, dass 10 Prozent der Eltern das ausgezahlte Geld für eigene Bedürfnisse (wie den Flachbildschirm) nutzen und ihre Kinder weiterhin ohne Frühstück

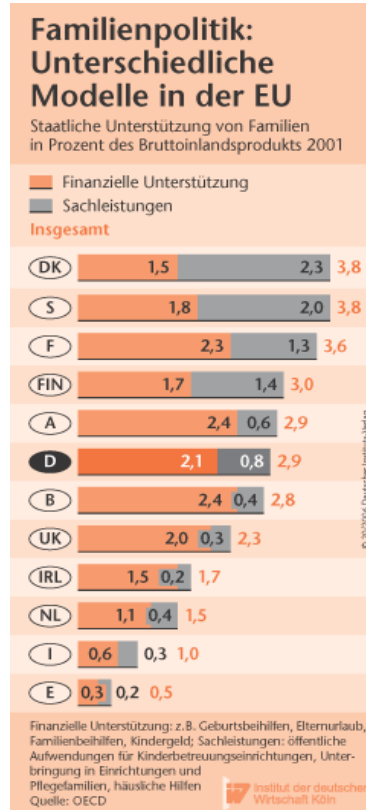
in die Schule schicken. Ein Grund, für mehr indirekte Förderung zu plädieren.

**Chancengerechtigkeit durch Gutscheine:** In diesem Zusammenhang sind Gutscheine ein geeignetes Mittel, dafür zu sorgen, dass die notwendige Versorgung dieser Kinder sichergestellt wird. Gutscheine haben den Vorteil zweckgebunden zu sein und sorgen ohne großen Aufwand dafür, dass die Unterstützung da ankommt, wo sie ankommen soll. Das kann zunächst das tägliche Frühstück oder warme Mittagessen in der Schule oder bei Hilfsorganisationen sein. Aber auch Betreuungs- oder Bildungsgutscheine sind denkbar. Vom Kindergarten bis zum Abitur kann dann eine gezielte Förderung von Kindern aus sozial schwachen Familien erfolgen. Eine wichtige Investition in die Chancengerechtigkeit, denn die Pisastudie zeigt immer wieder: In keinem OECD-Land hängt der Schulerfolg so stark von dem Status der Eltern ab, wie in Deutschland. Außerdem: Je länger eine Familie in Armut lebt, desto geringer werden die Chancen der Kinder auf einen höheren Bildungsabschluss.

Gutscheine können hier nicht nur einen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit der Kinder leisten, sondern gleichzeitig eine bessere Förderung bei gleichen Ausgaben ermöglichen. Die Effizienzpotentiale sind hoch und mit Gutscheinen lassen sich unnötige Bürokratiekosten vermeiden. Aber auch Umschichtungen im Sozialbudget sind erforderlich. So ist zum Beispiel für Arbeitslosengeld II-Empfänger als Existenzminimum – nach einer

Entscheidung des Sozialgerichtes Dresden – für jedes Kind ein eigenes Zimmer vorgesehen, für das die Kosten übernommen werden müssen. Im Vergleich zur Höhe der Grundleistungen wird hier das Gut Wohnen wesentlich höher gewichtet als zum Beispiel Ernährung oder die Bildung. Ein Umdenken ist hier dringend erforderlich. Schließlich verlassen in Deutschland jedes Jahr 10 Prozent der Jugendlichen die Schule ohne Abschluss. Die Hartz IV-Karriere ist so vorgezeichnet und Armut wird zehntausendfach von einer Generation an die nächste weitergegeben.

**Tamara Birke (M.A.)**



## Globalisierung

## Unterm Weihnachtsbaum...

**Wenn das Stichwort Globalisierung fällt, bekommen in Deutschland viele Menschen Bauchschmerzen – vor allem jene Arbeitnehmer, deren Tätigkeiten zunehmend in Fernost zu günstigeren Löhnen erledigt werden. Deren Sorgen sind nicht unberechtigt, denn China und andere aufstrebende Niedriglohnländer setzen die Arbeitsplätze in den Industrienationen zunehmend unter Druck. Doch wer die weltweite Arbeitsteilung aus diesem Grund geißelt, vergisst allzu leicht, wie sehr die Konsumenten in westlichen Länder – zum Beispiel zur Weihnachtszeit – von den günstigen Importen profitieren.**

Jeder Dritte Europäer (Durchschnitt der untersuchten Länder) ist der Ansicht, dass er ein Gewinner der zukünftigen gesellschaftlichen Veränderungen durch die Globalisierung ist. Dies hat die Stiftung für Zukunftsfragen bei einer repräsentativen Befragung von 11.000 Personen in neun Ländern (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich; Großbritannien, Italien, Russland, Schweiz und Ungarn) ermittelt. Jeder zweite Finne fühlt sich als Gewinner der Globalisierung und immerhin 43 Prozent der Schweizer und Belgier freuen sich über die Veränderungen. Als Verlierer der Globalisierung sehen sich hingegen mit deutlichem Abstand zu den anderen Ländern Deutsche und Ungarn: jeweils 81 Prozent sehen die Globalisierung mit Sorge. Dabei werden offensichtlich die positiven Auswirkungen der stärkeren internationalen Verflechtung übersehen – wie zum Beispiel die günstigeren Preise für viele Importgüter und damit die geringere Inflation:

In Deutschland sind die Verbraucherpreise von 1991 bis 2005 um fast ein Drittel gestiegen – das entspricht einer durchschnittlichen Inflationsrate von 2 Prozent pro Jahr. Die Preise der Importgüter sind unterdessen im selben Zeitraum hingegen leicht gesunken. Und das, obwohl sich eines der wichtigsten Einfuhrgüter extrem verteuert hat: Der Ölpreis legte in den vergangenen 14 Jahren um 175 Prozent zu. Rohstoffe und Energie herausgerechnet

sind die Einfuhrpreise seit 1991 deshalb stark rückläufig gewesen.

Die Preissteigerungsrate der inländischen Erzeugnisse ist derweil noch deutlich höher, als es der Anstieg der Verbraucherpreise erkennen lässt, denn auch dort fließen die günstiger gewordenen Importwaren ein. Ohne die Lieferungen aus den Niedriglohnländern müssten die Konsumenten in Deutschland beim Geschenkeinkauf sehr viel tiefer in die Tasche greifen. Wie der Blick auf einzelne Gütergruppen in der Verbraucherpreisstatistik zeigt, haben sich die Preise gerade jener Produkte moderat entwickelt, die heute häufig made in China oder Taiwan sind. Für die

Weihnachten besonders beliebte Unterhaltungselektronik sowie Foto- und Filmausrüstung waren 2005 sogar nur zwei Drittel des Geldes fällig, das 1991 dafür ausgegeben werden musste.

Diese angenehme Folge der Globalisierung darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die zunehmende internationale Verflechtung für Deutschland eine wirtschaftliche Herausforderung ist. Eine Stärke des Standorts liegt zweifelsohne auf dem Gebiet der wissens- und technologieintensiven Güter. Doch damit in diesen Bereichen genügend neue Jobs entstehen können, dürfen die Produktmärkte und vor allem der Arbeitsmarkt nicht zu stark reguliert sein. Was die Unternehmen brauchen, um ihre Potenziale hierzulande ausschöpfen zu können, sind

beispielsweise größere Spielräume bei den Entgelten, ein gelockerter Kündigungsschutz sowie weniger bürokratische Auflagen. Dann werden noch mehr Menschen beruhtigt Weihnachten feiern können, weil sie einen Arbeitsplatz haben. In diesem Sinne wünscht die Redaktion Frohe Weihnachten und ein erfolgreiches Jahr 2008!

Globalisierungseffekt Preisbremse	
Um so viel Prozent haben sich die Preise dieser Güter von 1991 bis 2005 verändert	
Importgüter insgesamt	-0,04
Verbraucherpreise insgesamt	+32,2
darunter stark unterdurchschnittliche Preissteigerung bzw. Preissenkung	
Unterhaltungselektronik	-33,1
Foto- und Filmausrüstung, optische Geräte und Zubehör	-31,5
Haushaltsgeräte	-2,7
Spiele, Spielzeug und Hobbywaren	+1,7
Heimtextilien	+6,0
Bekleidung und Schuhe	+7,9
Werkzeuge und Geräte für Haus und Garten	+9,2
Fahrräder	+13,7
Teppiche und andere Bodenbeläge	+14,6
Möbel und Einrichtungsgegenstände	+18,1
darunter stark überdurchschnittliche Preissteigerung	
Freizeit- und Kulturdienstleistungen	+56,8
Zeitungen und Zeitschriften	+58,8
Versicherungsdienstleistungen	+59,2
Pharmazeutische Erzeugnisse	+62,0
Verkehrsdienstleistungen	+63,4
Zentralheizung, Fernwärme etc.	+80,0
Stationäre Gesundheitsdienstleistungen	+82,3
Bildungsdienstleistungen	+83,2
Tabakwaren	+90,9
Leichtes Heizöl	+92,9

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

© 48/2006 Deutscher Instituts-Verlag  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln